

gesellschaften durchgeführten sogenannten Arbeitseinsatz-Untersuchungen kamen sie zu dem Ergebnis, daß rund 100 000 Arbeiter zuviel beschäftigt werden. Von ihnen sind heute bereits 70 000 entlassen oder auf Rente gesetzt. Diese Maßnahmen heißen im Sprachgebrauch der Zechenherren „Invaliden-Abkehraktion“. Nichts kann die zynische Geringschätzung des arbeitenden Menschen durch die kapitalistische Gesellschaft besser charakterisieren als dieser brutale Ausdruck. Der Höchstprofit ist oberstes Gesetz des Kapitalismus; der Mensch nur Rohstoff und Anhängsel der Maschine. In den Empfehlungen einer Studienkommission der Bergbaugesellschaften heißt es: „Es hat viele Vorteile, die Zahl der Arbeitskräfte in einem bestimmten Zeitpunkt zu verringern. Die Kosten pro Tonne Förderung werden gesenkt, die Ausgaben für Wohnungen verringert, und die Leistungen der verbleibenden Arbeiter steigen.“

Der westdeutsche Bergbau besitzt den traurigen Ruhm, den größten Verschleiß an menschlicher Arbeitskraft und Gesundheit aufzuweisen. Von den Bergarbeitern, die vor acht Jahren in den Gruben des Ruhrgebiets arbeiteten, sind heute noch 20 Prozent im Beruf tätig. Jährlich scheiden etwa 15 Prozent der Bergarbeiter aus.

Aus diesen Feststellungen über die dauernd zunehmende Arbeitsintensität in der westdeutschen Industrie ergibt sich die Schlußfolgerung, daß der Reallohn der Arbeiter bei weitem nicht dem geleisteten Arbeitsaufwand entspricht. Masse und Qualität ihrer Existenzmittel reichen nicht im geringsten aus, um die Reproduktion ihrer Arbeitskraft zu sichern. Die Gesamtlohnsomme, die die westdeutsche Arbeiterschaft erhält, entspricht nicht dem Wert ihrer Arbeitskraft. Die Arbeiter werden unter dem Wert der Arbeitskraft entlohnt. Hierin liegt die wesentlichste Seite der absoluten Verelendung des Proletariats in Westdeutschland. Einer immer wachsenden Zahl von Arbeitern ist heute nicht mehr das erforderliche Existenzminimum garantiert.

Die immer schwieriger werdende Reproduktion der materiellen Lebensbedingungen werden noch durch andere Faktoren verstärkt. Das Arbeitsministerium von Baden-Württemberg errechnete für eine Familie von vier Personen ein Existenzminimum von 410 DM (Mitteilungsblatt Nr. 11 vom Mai 1954). Berechnungen anderer offizieller Stellen decken sich ungefähr damit. Laut Berechnungen der Gewerkschaften beträgt der durchschnittliche Lohn eines Arbeiters in Westdeutschland 280 DM. Insgesamt gesehen liegt also das westdeutsche Lohnniveau weit unter dem Existenzminimum. Nur ein geringer Teil relativ gut bezahlter Arbeiter ist in der Lage, sich das erforderliche Existenzminimum zu sichern. Besonders die Arbeiter der Textilindustrie sind in einem Maße unter das Existenzminimum gedrückt worden wie kaum in einem anderen Industriezweig. Die „Nürnberger Nachrichten“ vom 7. November 1954 führen dafür ein aufschlußreiches Beispiel an: „Ein Textilhilfsarbeiter in einer bayrischen Großstadt mit Frau und drei Kindern hat ein Nettoeinkommen von 207,68 DM. Der Bedarfssatz in der öffentlichen Fürsorge liegt bei 213 DM. Hat dieser Arbeiter gar vier Kinder, dann beträgt der Bedarfssatz 243 DM.“ Er müßte also monatlich 35,14 DM zusätzlich von der Fürsorge erhalten. Das Blatt errechnet, daß der Großteil der Textilarbeiter von der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden müßte, um überhaupt das Niveau der Fürsorgeempfänger zu erreichen.

Diese Tatsache führt dazu, daß in zunehmendem Maße die Werkstätigen die für den Lebensunterhalt erforderlichen Waren auf Abzahlung kaufen und somit in Schulden geraten. In Baden-Württemberg werden 60 Prozent der Gebrauchsgüter auf Abzahlung gekauft. Im Rheinland beträgt der Prozentsatz der Arbeiter an den Teilzahlungsschuldnern 63, in Westfalen sogar 73 Prozent. Einen ungefäh-